Nr. 38 18. Januar 73

GÖTTINGER
BETRIEBSZEITUNG

FÜR DEN ORGANISIERTEN KAMPF IN DEN BETRIEBEN

METALLTARIFRUNDE '73

Urabstimmung in Nordrhein-Westfalen:

Eine Niederlage für die Sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftspolitik

In Nordrhein-Westfalen haben die Stahlarbeiter gezeigt, was sie von dem 8,5%-Verhandlungsergebnis und der sozialpartnerschaftlichen Politik der Gewerkschaftsführung halten: nur 25,9 % der abstimmungsberechtigten Mitglieder haben sich für das ausgehandelte Ergebnis ausgesprochen.

Aber 52,2 % waren für Streik. Sie wollten die Lohnsenkung nicht hinnehmen. Rund 22 % der Gewerkschaftsmitglieder gingen nicht zur Urabstimmung. Die meisten von ihnen werden mit dem Tarifabschluß auch nicht einverstanden sein, aber sie haben resigniert. Schuld daran ist die spalterische Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung.

Obwohl sich die Mehr heit der STahlarbeiter für einen Arbeitskampf ausgesprochen hat, wird an der Ruhr nicht gestreikt. Für einen Streik sind laut Satzung 75 % Nein-Stimme n erforderlich.

Die IG Metall-Führung war nach der Urabstimmung "bestürzt". Loderer sprach von e inem "zugegebenermaßen deprimierenden Resultat" aus dem die Gewerkschaftsführung "interne Konsequenzen ... nicht gegen die Mitgliedschaft, sondern in vernünftiger Zusammenarbeit mit ihr" ziehen will.

Aus der Politik der Gewerkschaftsführung in dieser Tarifrunde können wir erkennen, was Loderer mit "Konsequenzen ziehen" und "vernünftiger Zusammenarbeit" meint.

DIE TAKTIK DES IG METALL - VORSTANDES : SPALTEN UND SCHWÄCHEN

Der Vorstand der IG Metall bereitete die diesjährige Tarifrunde vor, indem er lineare Forderungen aus den Betrieben abblockte und die Tarifkommissionen auf 11 - 12% festlegte. Tatsächlich haben alle Tarifkommissionen -bis auf eine- an den Vorstand genau jene For-



INHALTSVERZEICHNIS:

Leserbrief aus Uslar Seite 12

ISCI TEMSILCISIMI YOKCA
ISCI HAINIMI ?  9

derungen zur Genehmigung eingereicht, die ihnen der Vorstand zuvor nahe gebracht hatte. Wo das ausnahmsweise nicht klappte, wie bei der Tarifkommission der Klöckner-Hütte Bremen, korrigierte der Vorstand die Forderung nach unten: von 16, 5 % auf 11 %.

▶ Anstatt den stärksten Bezirkt zum Vorreiter in der Tarifrunde zu machen, ließ der Vorstand zuerst in Niedersachsen die Tarife kündigen und Forderungen aufstellen- im schwächsten Bezirk.

▶ Obwohl 97 % am 20. und 21. Dezember für den Streik in der Stahlindustrie gestimmt hatten, setzte der Vorstand den Streikbeginn auf den 11. Januar fest. - Drei Wochen nach der Urabstimmung. So gewannen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Zeit, um mit den Kapitalisten ein Lohnsenkungsergebnis auszumauscheln: 8 , 5 %. Der Streik wurde in eine Urabstimmung über das Ergebnis umgewandelt. Der Vorstand empfahl die Annahme.



▶ Mit dem 8, 5 % Ergebnis wurden die Tarifkommissionen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen unter Druck gesetzt: "Bei euch ist auch nicht mehr drin." Damit waren diese Abschlüsse perfekt. Ein Bezirk nach dem anderen folgte. Schließlich wurde die Tarifverhandlung für die metallverarbeitende Industrie Nordrhein-Westfalens auf den 10. Januar, einen Tag vor der Urabstimmung, vorgezogen. Während die STahlarbeiter zur Urabstimmung gingen, einigten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten auf 8,5 %.

▶ Doch die Urabstimmung brachte dem Vorstand eine Niederlage:

▶ obwohl der Vorstand den Streik um drei Wochen herausgezögert hatte,

▶ obwohl die Stahlarbeiter aufgrund der Vorstandspolitik alleine dastanden - fast überall waren Verhandlungsergebnisse erzielt -

stimmten 52,2 % der Stahlarbeiter gegen die Empfehlung des Vorstandes und lehnten die Lohnsenkung ab.

"INTERNE KONSEQUENZEN", WIE DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN GEWERKSCHAFTSFÜHRER SIE SICH VORSTELLEN

Nun könnte man meinen, der Vorstand habe in dieser Tarifrunde viele Fehler gemacht. Wenn er jetzt ankündigt, er wolle "interne Konsequenzen" ziehen, dann wird er diese Fehler korrigieren.

Doch diese Auffassung ist falsch. Der Vorstand hat nicht einfach eine Reihe von Fehlern gemacht, sondern ganz systematisch und bewußt eine sozialpartnerschaftliche Politik betrieben. Jeder einzelne "Fehler" ist Bestandteil dieser Politik der "vernünftigen Zusammenarbeit" - mit den Kapitalisten und nicht mit den Mitgliedern. Diesmal hat der Vorstand damit noch sein Ziel erreicht: die Lohnleitlinien der SPD-Regierung, den 8,5 % Abschluß. Doch das Urabstimmungsergebnis in NRW zeigt, daß zumindest dort die meisten Kollegen nicht mehr bereit sind, diese Politik mitzumachen.

Der Vorstand wird allerdings "interne Konsequenzen" ziehen. Er wird versuchen, die Kollegen wieder auf seine Linie, auf die Linie der Sozialpartnerschaft zu bringen. Er wird versuchen, kritische Kollegen und konsequente Gewerkschafter mundtot zu machen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer werden dabei selbst vor Ausschlußverfahren nicht zurückschrecken.

Wir dürfen uns durch die Politik der Gewerkschaftsführung nicht einschüchtern lassen. Jetzt komt es darauf an, auch in Niedersachsen die Bedingungen zu schaffen, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ihre sozialpartnerschaftliche Politik nicht mehr ohne weiteres durchsetzen kann.

ORGANISIERT EUCH IN DER GEWERKSCHAFT FÜR EINE KONSEQUENTE ARBEITERPOLITIK !

Ein Lehrstück sozialdemokratischer Politik

In einem ersten Kommentar zur Zurückweisung des Tarifergebnisses in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie durch die überwältigende Mehrheit der betroffenen Kollegen reagiert die IG-Metall-Führung gekränkt. Im Gegensatz zu ihren Mitgliedern hält sie den 8,5 %-Abschluß für einen "akzeptablen Kompromiß". In ähnlicher Weise versucht sie sich gegen die Kritik der Kollegen an den niedrigen Abschlüssen in der metallverarbeitenden Industrie zu verteidigen.

Die IG-Metall-Führung sollte es besser wissen. Noch in der Januar-Ausgabe der Funktionärszeitschrift "Der Gewerkschafter" (die vor dem Abschluß erschien) schrieb IGM-Vorstandsmitglied Hans Mayr: "Man kommt nicht daran vorbei, daß unsere Forderung von 11 % im Schnitt netto allenfalls 8 % mehr erbringen wird. Da bleibt nur ein bescheidener Kaufpreiszuwachs übrig."

Tatsächlich hätten schon die zunächst geforderten 11 % kaum einen Zuwachs des realen Nettolohns erbracht. Wegen der progressiven Ausgestaltung des Lohnsteuertarifs wächst der Steuerbetrag etwa doppelt so schnell wie die ▶

Bruttolöhne. So sind innerhalb der letzten vier Jahre die Bruttoarbeitseinkommen um 62 %, die Lohnsteuerabzüge dagegen um 124 % gewachsen. Eine Bruttolohnsteigerung von 11 % vermindert sich dadurch zu einer Nettosteigerung von ca. 8 %! Bei einer Inflationsrate von 6 - 7 % bleibt dann kaum etwas unter dem Strich. Die tatsächlich erreichten 8 % bedeuten unter diesen Umständen eine Reallohnsenkung!

Für diesen katastrophalen Abschluß der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsspitze gibt es keine Entschuldigung. Selten war die Ausgangsposition der Gewerkschaft so günstig wie in dieser Tarifrunde:
Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich am Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs.

- Im Oktober 1972 lag der Auftragseingang der Industrie um 20 % über dem Wert des Vorjahres. Ein Anhalten der guten Auftragslage wird erwartet.
- Die Nettoprofite der Kapitalisten sind 1972 um 14 % gestiegen. Sachverständigenrat und Forschungsinstitute schätzen den Zuwachs der Profite auch für 1973 auf 14 %.
- Die Arbeitslosenquote ist - sieht man von Saisoneinflüssen ab - weiter rückläufig. Im November 1972 standen 235 000 Arbeitslosen 512 000 offene Stellen gegenüber.

Insbesondere in der Stahlindustrie und der Metallverarbeitung zeichnet sich ein ausgesprochener Boom ab.

- Im Oktober 1972 wuchsen die Aufträge der Stahlindustrie um sage und schreibe 35 % gegenüber dem Vorjahr! Mit einem Auftragszuwachs von über 20 % liegt auch die metallverarbeitende Industrie über dem Industriedurchschnitt.
- Die Investitionen der metallverarbeitenden Industrie werden 1973 überdurchschnittlich stark steigen (um 8 % gegenüber 6 % in der Gesamtindustrie).
- Die offenen Stellen übersteigen die Arbeitslosenziffer in der Metallverarbeitung um das Vierfache. Der Arbeitskräftemangel ist in dieser Branche stärker ausgeprägt als in der Gesamtindustrie.

WAS BLEIBT ?

Obwohl sich bereits 1972 die Einkommensverteilung erneut zuungunsten der Lohnabhängigen verändert hat, obwohl 1973 die Profite weiter explodieren werden, obwohl von einer Gefährdung der Arbeitsplätze nicht die Rede sein kann, obwohl hunderttausende von Kollegen durch Arbeitsniederlegungen ihre Kampfbereitschaft demonstrierten, haben die Sozialpartner der IGM-Führung die Stirn, die von ihnen ausgehandelte Lohnsenkung als einen "akzeptablen Kompromiß" zu verkaufen!

Dieser Abschluß bedeutet nicht nur eine Verschlechterung des Lebenstandarts der Kollegen, er bedeutet gleichzeitig eine Niederlage der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik. Mit diesem Abschluß hat die Gewerkschaftsführung sich zum Handlanger der Unternehmer gemacht. Sie hat, indem sie die Tarifpolitik der Regierung voll durchgesetzt hat, freiwillig auf ihre Tarifautonomie verzichtet.
Auf der letzten Sitzung der konzertierten Aktion im Oktober forderten die Unternehmervertreter "die Wiedererlangung produktivitätsorientierter Löhne". Die Unternehmer haben diese Forderung mit dem Metallabschluß 73 nicht nur voll durchgesetzt, die IG Metall hat ihnen vielmehr noch ein zusätzliches Geschenk gemacht. In der Stahlindustrie stieg nämlich die Produktivität bereits im Juli/August 72 mit einer Rate von über 10%. Für 1973 wird eine ähnliche Entwicklung auch in der Metallverarbeitung erwartet. Das bedeutet, daß bereits ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung der Zuwachs der Profite über dem der Löhne liegen wird!
Das ist sicherlich mehr, als die Kapitalisten sich zu erträumen gewagt hatten!



„Irgendwann kümmere ich mich auch mal wieder um dich, mein Lieber. – Bis dahin sei aber schön brav und still, ja?!"

Viele Kollegen haben der SPD/FDP-Koalition ihre Stimme gegeben, weil sie sich von ihr die Durchführung sozialer Reformen versprechen. Daß Reformvorhaben Geld kosten, ist eine Binsenwahrheit. Daß dies Geld vornehmlich durch Konsumverzicht der Lohnabhängigen aufgebracht werden muß, wie es uns diese Regierung einreden möchte, ist eine fromme Unternehmerlüge. Damit soll vielmehr darüber hinweggetäuscht werden, daß auch diese Regierung in erster Linie die Interessen der Kapitalisten verfolgt. Das Vertrauen der Kollegen in die Reformversprechungen wird ausgenutzt, um den Unternehmern die Profite zu sichern.
Mehrfach drohte Helmuth Schmidt wie auch sein Amtsnachfolger Friderichs, bei nicht "stabilitätskonformen" Tarifverträgen "überschüssige Kaufkraft" durch einen Konjunkturzuschlag auf die Lohnsteuer "abzuschöpfen". Die IG Metall hat der Regierung die Arbeit abgenommen. Denn wo nichts hinzugekommen ist, kann auch nichts abgeschöpft werden. Ob dieses mustergültige Verhalten unserer Gewerkschaftsführer uns vor weiteren Steuererhöhungen bewahrt, ist allerdings noch lange nicht sicher. Vor weiteren Preissteigerungen bewahrt es uns ganz sicher nicht.
Ohnehin wird bereits ein zunehmender Anteil der Staatsausgaben von den Lohnabhängigen finanziert. Mit einem Aufkommen von 49,9 Mrd. DM wurde die Lohnsteuer 1972 zur bedeutendsten Einnahmequelle des Staates. Der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen wuchs damit von 1962 bis 1972 von 14,5% auf 25,4%. Auch die zweitwichtigste Steuer, die Umsatzsteuer (Aufkommen 1972: 46 Mrd. DM) wird letztlich überwiegend durch die Arbeiter und Angestellten aufgebracht, da sie über entsprechende Preiserhöhungen an den Endverbraucher weitergegeben wird. Demgegenüber bringen die Unternehmer über die Einkommens- und Körperschaftssteuer lediglich knapp 15% des gesamten Steueraufkommens auf. ■

Leserbrief:

Vertrauensleute der IG – Metall Göttingen zur Tarifrunde

Vertrauensleute
Mitglieder
des Betriebsrates

Wir Vertrauensleute geben uns aus Überzeugung die größte Mühe, die organisierten und unorganisierten Kollegen aufzuklären, wie wichtig eine starke Gewerkschaft im Kampf gegen den Unternehmer sein muß. Daß jeder Arbeiter und Angestellte organisiert sein muß, um mit einer starken Gewerkschaft für bessere Arbeitsbedingungen und besseren Lohn dem Unternehmer entgegenzutreten. Mit Unterstützung der Ortsverwaltung diskutierten wir Vertrauensleute schon lange vor der Tarifrunde mit den Kollegen im Betrieb, daß diese Tarifverhandlungen noch härter werden als im Vorjahr. In letzter Zeit wurde sogar davon gesprochen, daß es in Niedersachsen zum Streik kommen würde. Das war für uns eine gute Diskussionsgrundlage, die Kollegen darauf hinzuweisen, daß er satzungsgemäßen Beitrag zahlen müsse, um bei einem Streik nicht in finanzielle Schwierigkeiten zu kommen. Aber jetzt können wir einfach nicht mehr länger schweigen zu dieser Verhandlungstaktik wie sie in diesem Jahr über die Bühne gezogen wurde. Die von uns gewählten Vertreter, die unser Vertrauen dafür bekommen haben, unsere Interessen zu vertreten, haben dieses Vertrauen selbstherrlich mißbraucht. Sie haben über die Köpfe aller Kollegen hinweg einen Tarifvertrag abgeschlossen, wie wir ihn so nicht billigen können. Es wurde in einem Zeitraum verhandelt und zugestimmt, wie es schneller überhaupt nicht nicht möglich ist. Die Kollegen hatten nicht einmal Gelegenheit, ihre Meinung über das Verhandlungsergebnis zu sagen.



Was muß eigentlich noch geschehen, bis man solche Funktionäre zum Teufel jagt, die mit dem Vertrauen der Kollegen solch Schindluder treiben können. Wie lange glaubt wohl der Vorstand, der in unserer Organisation das letzte Wort hat, lassen sich die zahlenden Mitglieder diese Art von Demokratie noch gefallen. (Wetten können noch abgeschlossen werden.)

Wir als Vertrauensleute müssen jetzt den ganzen Ärger der Kollegen auf uns nehmen. Wir Vertrauensleute sind jetzt die Prügelknaben, denn wir waren es, die mit ihnen vorher diskutiert haben. Zu uns sagen sie, kommt ja nicht noch einmal mit Beitragserhöhung. Wie wollen wir jetzt noch Neuaufnahmen zustande bringen? Wir wissen nicht, wie wir uns verhalten sollen, jetzt fehlt die Unterstützung der Ortsverwaltung. Dem Vorstand und allen Gewerkschaftsfunktionären sollte der jetzige Zustand zu denken geben, ob sie ihre jetzige Gewerkschaftspolitik noch länger durchsetzen können. Der Vorstand wäre gut beraten, einmal zu kontrollieren, von welchen Funktionären er seine Informationen über die Stimmung in den Betrieben hat. Wenn er abhängig von solchen Funktionären ist, die nicht einmal merken, daß sie die Arbeit der Vertrauensleute durch ihr selbstherrliches Verhalten total zunichte machen, dann sollten alle ihren Hut nehmen. Funktionäre, die darüber hinwegsehen, daß Zigtausende von Kollegen in Warnstreiks treten, um zu beweisen, daß sie mit dem augenblicklichen Zustand nicht zufrieden sind, oder der Tarifkommission durch ihre Aktionen in der Verhandlung die nötige Rückendeckung geben wollen. Wie groß muß erst die Zahl derer sein, die durch Einschüchterung der Unternehmer und Angst um ihren Arbeitsplatz nicht in der Lage sind, ihren Unmut durch wilden Streik an die Öffentlichkeit zu tragen. Funktionäre, die darüber hinweggehen und solche Aktionen nicht in ihre Verhandlungstaktik einbauen können, solche Leute gehören nicht in Tarif- oder Verhandlungskommissionen.

Solange der größte Teil der Tarifkommissionsmitglieder Spitzenverdiener sind und sich ausrechnen, daß sie selbst bei ihrem Tarifabschluß gut wegkommen, so lange kümmern sie sich einen Dreck darum, wie sich ihre beschissene Verhandlungstaktik auf die weitere Gewerkschaftsarbeit im Betrieb auswirkt.

Wir Vertrauensleute rufen alle Kollegen auf, darauf zu achten, daß in den nächsten Wochen nur solche Vertrauensleute gewählt werden dürfen, die aktiv mitarbeiten. Denn nur auf diesem Wege können wir es schaffen, daß solche Kollegen in die Kommissionen gewählt werden, die auch wirklich die Interessen der Arbeiter vertreten. Vertrauensleute müssen in die Kommissionen, denn nur diese haben engen Kontakt mit ihren Kollegen am Arbeitsplatz und wissen ganz genau, was sie wollen und wie stark ihre Kampfkraft ist. Es wäre der größte Fehler, jetzt die Bücher hinzuwerfen, denn unsere Gegner sind die Unternehmer, ihnen gilt es als starke Gewerkschaft gegenüberzutreten. Die Gewerkschaft sind wir und nicht die Funktionäre, die sich in der jetzigen Tarifrunde zum Handlanger der Unternehmer gemacht haben.

Mit solidarischem Gruß

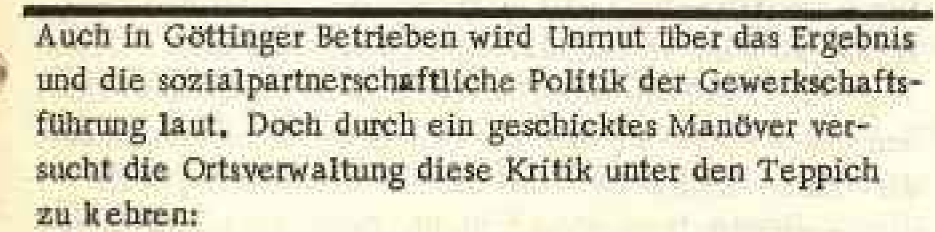
einige Vertrauensleute der IG Metall Göttingen

Niedersachsen:

Die Kampfkraft der Gewerkschaften stärken!

Die Arbeiterschaft in Niedersachsen ist noch nicht so stark, daß sie ihre Interessen so deutlich Ausdruck geben könnte wie die Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen. In Niedersachsen gelingt es der Gewerkschaftsführung noch öfter, die Abschlüsse als Erfolg zu verkaufen. Gerade deshalb müssen wir hier jede Möglichkeit wahrnehmen, unseren Protest gegen solche Abschlüsse nach außen zu tragen.

KRITIK AUS GÖTTINGER METALLBETRIEBEN



Auch in Göttinger Betrieben wird Unmut über das Ergebnis und die sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaftsführung laut. Doch durch ein geschicktes Manöver versucht die Ortsverwaltung diese Kritik unter den Teppich zu kehren:

- bis zum 19. Januar kann die IG Metall gegen den Tarifabschluß für Niedersachsen noch Einspruch erheben.
- aber erst am 20. Januar werden unsere Vertrauensleute über den Abschluß auf einer Versammlung diskutieren können.

Wohl wurden schon die Betriebsratsvorsitzenden am 9. Januar auf einer Sitzung vom Kollegen Kantelhardt über den Tarifvertrag informiert. Schon hier wurde ein gewisses Unbehagen über den diesjährigen Abschluß laut: es ging zu glatt über die Bühne und der Verhandlungskompromiß geht nicht davon aus, was die Kollegen brauchen! In Göttingen waren schließlich 120 DM gefordert.

Wenn hier schon Kritik laut wurde, warum sollen dann gerade die Vertrauensleute erst einen Tag nach Ablauf der Einspruchsfrist über den Abschluß diskutieren können?

Die Vertrauensleute sollen in den Betrieben mit ihren Kollegen diesen Vertrag diskutieren, um so auf demokratische Weise ein Meinungsbild zu entwickeln. Die Kritik am Tarifabschluß soll durch die Vertrauensleute zusammengetragen und an die Bezirksleitung geschickt werden. Aber einen Tag nach Ablauf der Einspruchsfrist ist es sinnlos, Proteste an die Bezirksleitung zu schicken. Das weiß auch die Ortsverwaltung in Göttingen ganz genau. Sie hat den Termin für die Vertrauensleuteversammlung bewußt auf den 20. Januar gelegt, um so die Kollegen vor vollendete Tatsachen zu stellen.

SO WIRD DIE ARBEIT DER VERTRAUENSLEUTE VON DER ORTSVERWALTUNG SABOTIERT!!!

VERTRAUENSLEUTETREFFEN ORGANISIEREN

Zur Vorbereitung der Metalltarifrunde in Göttingen hatten sich Ende letzten Jahres Vertrauensleute verschiedener Betriebe getroffen. Das Ergebnis dieser Gewerkschaftsarbeit war, daß die Vertreterversammlung sich einheitlich für eine lineare Lohnerhöhung um 120 DM aussprach und die Göttinger Tarifkommissionsmitglieder beauftragte, diese Forderung zu vertreten.

Doch während der Tarifverhandlungen fanden keine weiteren Treffen der Vertrauensleute mehr statt. Das war ein Fehler. Gerade da waren Treffen notwendig, um Informationen auszutauschen um so die Kollegen besser informieren zu können. So wurden z.B bei Blaupunkt in Hildesheim von den Vertrauensleuten 1440 Unterschriften für einen 11 %-Abschluß gesammelt. In den Göttinger Betrieben wurde davon nichts bekannt. Nur dann, wenn ein kontinuierlicher Informationsfluß zwischen allen Metall betrieben Niedersachsens besteht, wird es möglich sein, die gewerkschaftliche Kampfkraft zu stärken. Diese Aufgabe müssen die Vertrauensleute übernehmen. Die gemeinsamen Diskussionen zwischen der Delegation der Vertrauensleute eines Betriebes mit den Vertrauensleuten eines anderen Betriebes müssen wieder aufgenommen werden. Diese Diskussionen müssen über Göttingen hinaus ausgedehnt werden - zunächst einmal auf die größeren Metallbetriebe. — Nur im gemeinsamen Vorgehen liegt unsere Stärke. Dann kann verhindert werden, daß die Kollegen in anderen Verwaltungsstellen durch gezielte Lügen verunsichert werden, die die sozialpartnerschaftlichen gewerkschaftsführer verbreiten. So wurde z.B. auf der Vertreterversammlung in Hildesheim behauptet, die Göttinger Forderung nach linearer Lohnerhöhung sei dadurch zustande gekommen, daß die Vertreterversammlung durch "Gäste unterwandert" worden wäre. Dabei war auf der entsprechenden Vertreterversammlung in Göttingen kein einziger Gast. Die Ortsverwaltung hatte schon früher beschlossen, keine Gäste mehr einzuladen.

Doch Diskussionen zwischen den Vertrauensleuten verschiedener Betriebe helfen allein auch nicht weiter. Die konsequenten Gewerkschafter müssen sich stärker in den Betrieben verankern. Wir müssen immer mehr Kollegen von der Notwendigkeit eines konsequenten Kampfes für die Arbeiterinteressen überzeugen und für den Kampf um eine demokratische und kampfbereite Gewerkschaft gewinnen. Wir selber müssen die "internen Konsequenzen" aus der diesjährigen Tarifrunde ziehen.

DER NÄCHSTE SCHRITT : VERTRAUENSLEUTEWAHLEN

Die Vertrauensleutewahlen stehen vor der Tür. Nur starke Vertrauenskörper, die sich auf eine kampfbereite Belegschaft stützen können, werden uns weiterhelfen. Jedem Schlosser, jedem Dreher, jedem Kollegen muß klar sein, daß es von seiner Aktivität und Mitarbeit abhängt, ob die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen für die Interessen der Arbeiter und Angestellten werden oder ob sie weiterhin den Weg der Sozialpartnerschaft und des Lohnverzichts gehen.

Wählt nur die konsequentesten Kollegen in den Vertrauenskörper!

Rube:

RUBE RUBE RUBE RUBE RUBE

Diskutieren wir unsere Lohnstreifen!

Bei Rube zeigen sich immer mehr Kollegen ihre Lohnstreifen. Wie wichtig das für uns ist, zeigt die Zulagenerhöhung, die vor Weihnachten (und das heißt 6 Wochen nach dem Abschluß des Tarifvertrages!) die Handwerker der Zentralwerkstatt und die Einrichter der Becher- sowie Kunststoffabteilung bekommen haben. Das lief so ab:

Bisher wurden persönliche Zulagen von 0 bis 70 Pfg. gezahlt. Einige Tage vor Weihnachten wurden die Kollegen - immer schön einzeln - zum Abteilungsleiter oder Meister gerufen. Dieser hatte dann dem einen die "erfreuliche Mitteilung" zu machen, daß seine persönliche Zulage um 35 Pfg. erhöht worden ist; einem anderen Kollegen die "etwas weniger erfreuliche Mitteilung", daß er ab jetzt 10 Pfg. mehr persönliche Zulage bekommt. Manche Kollegen wurden allerdings auch gar nicht zum Meister gerufen. Auf die Frage, warum nicht alle eine Gesamtzulage in gleicher Höhe bekommen sollten, bekamen Kollegen die Antwort, ihre Arbeit sei unterschiedlich viel wert.



Diese Ausrede haben die Handwerker aber inzwischen durchschaut. Denn gerade bei ihnen ist es für den Meister unmöglich, die Leistung des einzelnen zu kontrollieren und so die Kollegen gegeneinander auszuspielen. Das wird besonders bei den Schlossern in der Zentralwerkstatt deutlich. Sie sind alle gleichermaßen in der Lage, jede Maschine im Betrieb zu warten und zu reparieren, sie werden an allen Maschinen eingesetzt und sie arbeiten selbständig.

Und erst recht nicht nach der Bedürftigkeit der einzelnen Kollegen werden die persönlichen Zulagen bezahlt. Das wurde einigen Kollegen klar, als sie sich ihre Lohnstreifen zeigten. Wie käme es sonst, daß ein Familienvater mit Kindern weniger persönliche Zulagen bekommt als sein unverheirateter Kollege?

So bleibt nur die Schlußfolgerung, daß die Zulagen nach ganz willkürlichen Gesichtspunkten bezahlt werden. Aber warum?

Erinnern wir uns daran, wie die Kollegen von der Zulagenerhöhung benachrichtigt worden sind. Jeder wurde einzeln zum Meister gerufen, damit bloß keiner erfährt, was sein Kollege bekommt! So sollen die Kollegen untereinander gespalten und Mißtrauen unter ihnen verbreitet werden. Die Geschäftsleitung will zwar "Frieden" unter den Kollegen, aber nur soviel, daß sie sich untereinander "Guten Tag" sagen und die Arbeit reibungslos läuft. Soviel Frieden und Solidarität, daß die Kollegen sich untereinander die Lohnstreifen zeigen, und darüber diskutieren, will die Geschäftsleitung jedoch nicht. Denn die Unternehmer glauben, so noch mehr Leistung aus uns rausschinden und uns insgesamt mit niedrigeren Löhnen abspeisen zu können.

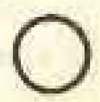
Solange die Kollegen noch untereinander uneinig sind, und den Zweck des Zulagensystems nicht durchschauen, haben sie noch die Hoffnung, daß sie auch in Zukunft höhere Zulagen bekommen, wenn sie noch mehr und schneller arbeiten.

Auch die Tatsache, daß die Zulagen 6 Wochen nach dem Tarifabschluß erhöht wurden, zeigt ganz deutlich, daß es sich um "Nasenprämien" für "gutes Betragen" handelt.

Aber die Geschäftsleitung bezweckt noch mehr mit diesen Zulagen. Für den tariflich vereinbarten Stundenlohn würde sich kein Kollege mehr für Rube abschuften. Was sie bei Rube hält, sind die übertariflichen Zulagen. Übertarifliche Zulagen, die, wie die persönlichen Zulagen und die Betriebsdurchschnittsprämie, jederzeit wieder gestrichen werden können. Auch diese Erfahrung haben die Kollegen bei Rube schon machen müssen. Solange wir alle uns aber nicht darüber im Klaren sind, wie ungesichert unsere Zulagen sind, erreichen die Unternehmer ihr Ziel: uns nämlich trotz niedriger Tariflöhne bei der Stange zu halten und die Unzufriedenheit über die zu niedrigen Tariflöhne einzudämmen. Das kann zu einer Schwächung unserer Kampfbereitschaft bei Tarifauseinandersetzungen führen!

Deshalb müssen wir es vielmehr noch als bisher verbreiten, uns gegenseitig unsere Lohnstreifen zu zeigen. Dabei reicht es nicht aus, nur mit den engsten Kollegen darüber zu sprechen, sondern mit allen, die es betrifft, und das kann die ganze Abteilung sein. Nur so können wir die Uneinigkeit untereinander aufheben und dem Unternehmer stärker gegenübertreten.

Kollegen, wir haben nichts voreinander zu verbergen!



IG-Metall-Vorstand schließt konsequente Gewerkschafter aus

Der Vorstand der IG-Metall hat die Betriebsräte Willi Hoss und Hermann Mühleisen aus der IGM ausgeschlossen, und den Betriebsrat Mario D'Andrea mit zwei Jahren Funktionsverbot belegt.

Der Grund: Die drei Kollegen hatten bei der Betriebsratswahl bei Daimler-Benz in Stuttgart im letzten Frühjahr auf einer eigenen Liste gegen die offzielle IG-Metall Liste kandidiert und rund 27% aller abgegebenen Stimmen erhalten (3040 von 11 273 Stimmen)

Noch vor der Wahl hatte deshalb die dortige Vertrauenskörperleitung einen Ausschlußantrag beim Hauptvorstand gestellt.

Wir haben bereits in GBZ Nr. 34 ausführlich berichtet, wie es zu dieser Entwicklung kam:

Den Kollegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea, die sich seit Jahren als aktive Gewerkschafter und Vertrauensleute für eine Politik der konsequenten Interessenvertretung einsetzten war es wegen ihrer Kritik an der sozialpartnerschaftlichen Politik des bestehenden Betriebsrates unter seinem Vorsitzenden Karl Hauff (seit 24 (!) Jahren in diesem Amt und SPD-Landtagsabgeordneter) unmöglich gemacht worden, auf die offizielle IGM-Liste zu kommen. Mit Hilfe undemokratischer Methoden konnte die Hauff-Gruppe diese drei unbequemen Kritiker, die (wie das spätere Wahlergebnis auch beweist) großen Rückhalt unter den Kollegen hatten, von der Kandidatenliste fernhalten um nur die ihr genehmen Vetreter aufzustellen.

Nachdem die Kollegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea daraufhin auf einer eigenen Liste kandidierten, stellte die Hauff-Gruppe den Ausschlußantrag gegen die Drei.

Diesem Antrag hat der Hauptvorstand nun stattgegeben und als Grund "gewerkschaftsschädigendes Verhalten" genannt.

IST DAS VERHALTEN DER DREI KOLLEGEN GEWERKSCHAFTSFEINDLICH ?

Die drei Kollegen haben immer wieder gesagt und in ihrer ganzen Arbeit bewiesen, daß es ihnen nie um die Frage ging "Gewerkschaft - ja oder nein". Für die Drei ist die IG-Metall die wichtigste Interessenvertreterin. Dies bedeutet jedoch nicht, daß sie undemokratische Verhältnisse stillschweigend hinnehmen und eine Politik unterstützen müssen, die die Interessen der Kollegen nicht berücksichtigt.

Wir sind zwar der Meinung, daß der Schritt der Kollegen nicht richtig war, weil sie damit rechnen mußten, daß sie aus der Gewerkschaft ausgeschlossen würden. Es war daher ein taktisch falscher Schritt, jedoch teilen wir ihre Kritik. Ihre gesamte gewerkschaftliche Arbeit war auf das Ziel gerichtet, für eine starke Interessenvertretung der Kollegen einzutreten, für eine Stärkung der innergewerkschaftlichen Demokratie zu arbeiten. Jedoch kann eine Demokratisierung der Gewerkschaften nur von innen heraus, von den Kollegen aus den Betrieben erkämpft werden - von außen sind die Gewerkschaftsführer nicht zu erschüttern. Nur durch Druck von unten kommt man diesem Ziel näher.

Daß eine solche Politik zum Teil gegen die offizielle Politih und die Führung der IG-Metall geht, ist nicht die Schuld der Drei, sondern die Folge der falschen Politikderjenigen Kräfte innerhalb der Gewerkschaft, deren Arbeit sich nicht mehr an dem orientiert, was für eine konsequente Interessenvertretung notwendig ist, sondern vollkommen sozialpartnerschaftlich eingestellt ist und mit undemokratischen Methoden auf Kritik und Widerstand reagiert.

Dadurch, daß der Hauptvorstand dem Antrag der Hauff-Grup Gruppe stattgegeben hat, beweist er nur, daß er deren Politik unterstützt, und es wird deutlich, daß der Hauptvorstand seinerseits versucht, alle aktiven Kollegen, die die bisherige Politik nicht mehr mitmachen wollen einschüchtern und mundtot machen will. Dieser Ausschluß ist somit ein Schlag gegen alle konsequenten Kräfte innerhalb der Gewerkschaft.



Hoss, D'Andrea, Mühleisen: „Die Basis denkt anders"

Mit undemokratischen Mitteln wird hier versucht innergewerkschaftliche Konflikte zu lösen: unbequeme kritische Mitglieder werden durch Beschluß von oben ausgeschaltet. Dies widerspricht jeder Art von gewerkschaftlicher Demokratie. AUSSCHLÜSSE SIND KEIN MITTEL UM KONFLIKTE ZU LÖSEN !

Notwendig dagegen sind breiteDiskussionen und Anteilnahme aller Mitglieder über derartige Fragen. Falsches Vorgehen und falsche Politik von einzelnen oder Gruppen kann nur auf diese Weise geregelt werden - nicht durch Rausschmiß, weil dadurch die den verschiedenen Standpunkten zugrundeliegenden Probleme nicht gelöst werden.

Nachdem der Ausschluß der Kollegen Hoss und Mühleisen sowie das Funktionsverbot für D'Andrea vorerst vollzogen sind (es ist allerdings noch Widerspruch eingelegt worden) haben sich in Stuttgart Betriebsräte, Vetrauensleuteund weitere Gewerkschafter zu einem "gewerkschaftlichen Solidaritätsausschuß" zusammengeschlossen. Sie rufen dazu auf, daß sich möglichts viele Kollegen in allen DGB-Gewerkschaften mit diesen drei Kollegn solidarisieren und ▶

mit Briefen an den Vorstand der IGM sowie in gewerkschaftlichen Veranstaltungen die Rücknahme der Disziplinierungsmaßnahmen fordern.
Eine erste Solidaritätserkärung wurde von über 500 Betriebsräten, Betriebsratsvorsitzenden, Vetrauensleuten und anderen Mitgliedern der IGM und anderer DGB-Gewerkschaften unterzeichnet.
Auch wir fordern alle Kollegen, die mit dem Vorgehen des Vorstandes nicht einverstanden sind auf, sich mit den Dreien zu solidarisieren!

Kollegen, schickt Solidaritätsadressen für Willi Hoss an den Hauptvorstand der IG Metall, Frankfurt a. M., Wilhelm-Leuschner-Str. 79-85!

HOLZ-HENKEL

BETRIEBSRAT: ARBEITERVERTRETER ODER ARBEITERVERRÄTER?

Unter der Überschrift "Holz-Henkel: Sklavenhandel" haben wir in der GBZ Nr. 34 darüber berichtet, mit welchen Methoden der Unternehmer die türkischen Kollegen bei Holz-Henkel ausbeutet und versucht, übers Ohr zu hauen. Daraufhin haben wir einen Brief mit einer Gegendarstellung bekommen, die vom Betriebsratsvorsitzenden, Kollegen Hingst, unterzeichnet ist. Darin wird behauptet, alles, was die GBZ geschrieben hat, sei Lüge und üble Verleumdung.

Dieser Brief ist ein Beispiel für wahre Zusammenarbeit von Betriebsrat und Unternehmer zum Wohle des Betriebes: anstatt sich für die Interessen der deutschen und ausländischen Kollegen einzusetzen, stellt sich der Betriebsrat schützend vor den Unternehmer!

Daß er sich dabei in Widersprüche verfängt und sich selber Lügen straft, stört ihn anscheinend wenig. So hat der DGB-Kreisvorsitzende von Göttingen, Kollege Krüger, dem Betriebsrat einen Brief geschickt, in dem die Mißstände bei Holz-Henkel und die Beschwerden der Kollegen aufgezählt sind. Obwohl in dem Brief die gleichen Sachen aufgezählt werden, wie in dem GBZ-Artikel, reagierte der Betriebsrat darauf nicht - der Betriebsratsvorsitzende war nämlich selber dabei, als die türkischen Arbeiter im DGB-Haus ihre Beschwerden vorgetragen haben. Damals versprach er sogar, sich für die REchte der Kollegen einzusetzen.

Uns kam daher der Verdacht, daß die Gegendarstellung gar nicht auf Initiative des Betriebsrates geschrieben worden war. Tatsächlich war dem Briefkopf zu entnehmen, daß der Brief auf Geschäftspapier der Firma geschrieben und offenbar vom Personalchef Löhr selbst diktiert worden ist. Das Diktatzeichen "lö" ist nur unzureichend wegradiert und durch "h" (Hingst) ersetzt worden. Auffällig ist auch, daß der Betriebsrat und der Personalchef die gleiche innerbetriebliche Telefonnummer haben: 270. Dies legt den Schluß nahe, daß der Betriebsrat bei Holz-Henkel in eigener Angelegenheit wenig, der Personalchef aber viel zu sagen hat.

Wir gingen mit dem Betriebsratsbrief zur zuständigen Gewerkschaft, der HBV. Es kam zu einem Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden. Ergebnis: der Betriebsratsvorsitzende schickte uns einen Brief: er ziehe seine Gegendarstellung vorläufig zurück. Doch offenbar hatte er diese Entscheidung ohne Zusammenarbeit mit dem Unternehmer etwas voreilig gefällt. Nach Erscheinen der GBZ Nr. 36 erhielten wir erneut einen Brief des Betriebsratsvorsitzenden mit der Aufforderung, die angefügte Gegendarstellung abzudrucken.

Diese Gegendarstellung war noch etwas abenteuerlicher ausgefallen als die erste: der Betriebsrat verteidigte sich gegen Vorwürfe, die die GBZ nie erhoben hat. Anscheinend liegt bei Holz-Henkel noch mehr im Argen, als wir schon berichtet haben.

Wir machten den Betriebsrat darauf aufmerksam, daß wir gesetzlich nicht verpflichtet sind, eine solche Gegendarstellung abzudrucken. Daraufhin erhielten wir die in Nr. 37 der GBZ abgedruckte Gegendarstellung.

WIE MACHT MAN EINEN BETRIEBSRAT ZUM HANDLANGER DES UNTERNEHMERS ?

Zum Beispiel das türkische Betriebsratsmitglied. Er wird im Verhältnis zu den anderen sehr hoch bezahlt, obwohl er kein Facharbeiter ist. Er hat seinen Sohn durch die Frima anfordern lassen und hatte bereits vor Wochen ein Zimmer (Werkswohnung) für ihn reservieren lassen. Das hat die anderen Arbeiter geärgert, weil das sonst nicht die Regel ist. Ein Kollege ist deshalb einfach in das Zimmer eingezogen. Doch er mußte es wieder räumen. Der türkische Betriebsrat und sein Sohn haben jetzt als einzige Einzelzimmer. Sie dürfen auch Kochplatten im Zimmer haben, obwohl es den anderen verboten wird. Mit solchen Begünstigungen will der Unternehmer Betriebsratsmitglieder gegen die Arbeiter kaufen.

Da der Betriebsrat bei Holz-Henkel sich zum Handlanger des Unternehmers hat machen lassen, haben viele Kollegen kein Vertrauen mehr in ihn. Sie verlangen, daß der Betriebsrat zurücktritt. Sie sind entschlossen, ihrem Kampf um ihre REchte ohne diesen Betriebsrat fortzusetzen.

Wir haben jetzt so oft den Betriebsrat getadelt, daß wir auch mal jemand loben wollen: den Unternehmer. Dezent im Hintergrund bleibend versteht er es ausgezeichnet, sich von seinem Betriebsrat die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Er, der feine Herr, bleibt dabei ungeschoren, eine ganz vorzügliche Taktik. Daß sie allein nicht ausreicht, sobald die Kollegen sich selber für ihre Interessen einsetzen, zeigt die fristlose Kündigung des Personalchefs Löhr. Das ist der erste große Erfolg für die Kollegen. Löhr, der ärgste Scharfmacher ist raus aus dem Betrieb. Gleichzeitig hat sich der Unternehmer damit ein Alibi verschafft. Nicht er, so will er uns weißmachen, ist der Verantwortliche, sondern sein Angestellter, der Personalchef. ■

HOLZ - HENKEL ISCI TEMSILCILER KURULU

ISCI TEMSILCISIMI YOKSA ISCI HAINIMİ?

GBZ Gazetesinin 34 üncü sayisinda Holz-Henkel:Köle ticareti basligi altinda , Patronun Holz-Henkel de calisan Türkiye li arkadaslari ne gibi metodlarla sömürdügünü ve kandirmaya calistigini bildirmistik. Bunun üzerine, isci temsilciler kurulu baskani Hingst imzasini tasiyan, bir tekzip yazisinda Gazetemizin yazdiklarinin hepsinin yalan ve kötü iftira oldugu iddia ediliyordu.

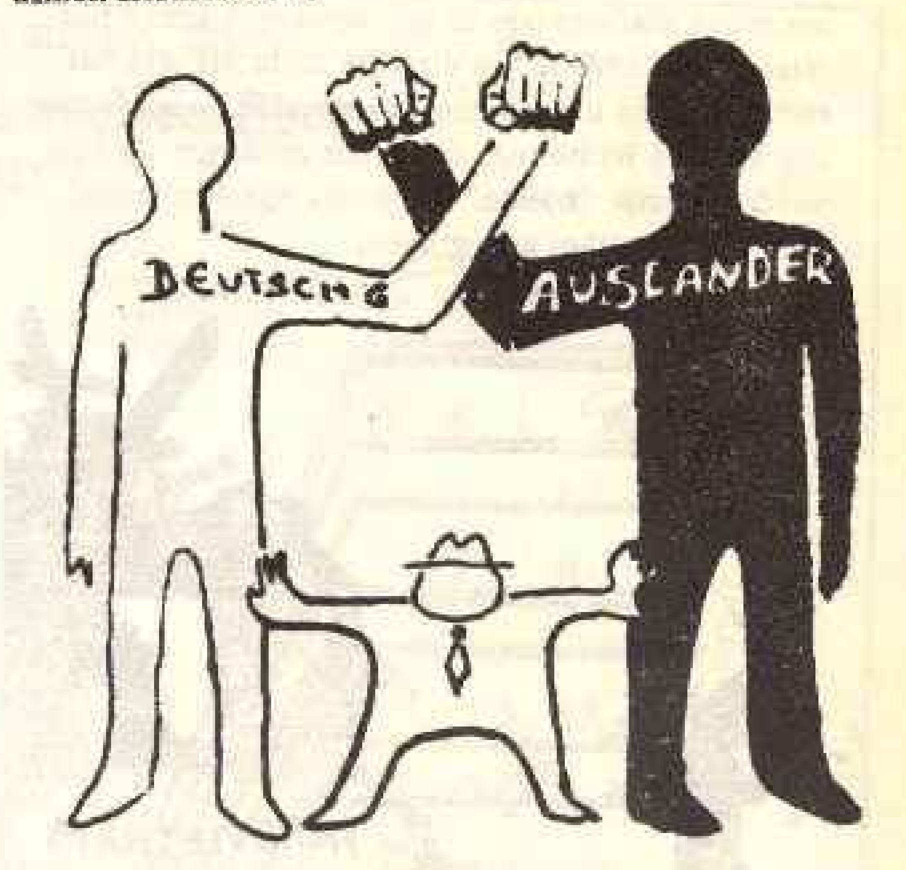
Bu mektup isci temsilciler kurulu ile patronun is yerinin cikarı icin ortak calistiginin bir delilidir. Isci temsilciler kurulu Alman ve yabanci arkadaslarinin haklarinin alinmasi icin calisacagi yerde patronu korumak icin önüne dikiliyor. Bunu yaparken celiskilere ve kendisinin yalanci durumuna düsmesi onu anlasilan rahat siz etmiyor.

Alman sendikalar birligi Göttingen Bölge ba skani sayin Krrüger icinde Holz-Henkel firmasindaki haksizliklarin ve arkadaslarin sikayetlerinin yazildigi bir mektup gönderdi Bu mektupta da Gazetemizde yazilan seylerin aynisinin belirtilmis olmasina ragmen temsilciler kurulu bu mektuba tepki göstermedi ; C ünkü Türkiye li isciler DGB Binasinda sikayetlerini bildirirken temsilciler kurulu baskani da bizzat orada idi. Hatta o zaman arkadaslarin hakla rini almak i icin calisacagina dair söz vermisti. Bu sebeple bir de tekzip yazisinin temsilciler kurulunun tesebbüsü ile yazilmadigina dair süphe uyandi. Gercekten me ktubub baslik yazisindan anlasildigi gibi, tekzip firmanin basili kagitlari üzerine yazilmisti ve personel sefi Löhr tarafindan dikte ettirilmisti. Dikte isareti (Lö)iyice silinmemis ve yerine "h" (Hingst) yazildigi belli oluyordu. Ayrica hem personel sefinin hem de temsilciler kurulunun telefon numarasinin ayni oldugu (270) göze carpiyordu. Bundan temsilciler kurulunun kendine ait islerde az, fakat personel sefinin cok söz sahibi oldugu anlasiliyor.

Biz teksip yazisini da alarak yetkili HBV sendikasina gittik; Temsilciler Kurulu ile bir konusma yapildi. Sonuc: Temsilciler Kurulu baskani bize bir mektupla, simdilik, teksip yazisini geri aldigini bildirdi. Her halde bu karari biraz acele olarak patronla is birligi yapmadan vermisti. Gazetemizin 36. sayisinin cikmasindam sonra temsilciler kurulu bizden ilisikte gönderilen teksip yazisini basmamizi isteyen yeni bir mektup aldik. Bu yeni teksip yazisi birincisinden daha acayip düstü. Temsilciler kurulu kendisini bizim hic yapmadigimiz suclamalara karsi müdafaa ediyordu. Anlasilan Holz-Henkel de bizim yayinladigimiz rezaletlerden daha fazla rezalet var. Bunun üzerine temsilciler kurulunun, bizim böyle bir teksip yazisini kanunen basmak mecburiyetinde olmadigimizi söyleyerek dikkatini cektik. Ve böylece Gazetemizin 37. sayisinda cikan teksip gönderildi.

Isci Temsilciler Kurulu Nasil Patronun Usagi yapilir ?

Örnegin ; Türkiye li temsilciler Kurulu üyesi. Ona kalifiye isci olmadigi halde herkesten daha fazla ücret ödenir. Ogluna istek yaptirdi ve haftalar öncesinden ona oda ayirtti. Bu durum öbür isciler i kizdirdi. Cünki kendileri icin böyle birsey yoktu. Bu yüzden bir arkadas odaya zorla girdi, fakat tekrar cikartildi. Temsilciler kurulu üyesi ve oglu simdi tek kisilik odalarda oturuyorlar. Öbürlerine yasak oldugu halde onlara odalarinda elektirik ocagi bulundurmaya da müsaade ediyorlar. Bu türlü iltimaslarla Patron Temsilciler kurulu üyelerini iscilere karsi satin almak istemektedir.



Temsilciler kurulu kendisini patron usagi yaptirdigi icin, bircok arkadaslarin ona itimatlari kalmadi. Temsilciler kurulunun istifa etmesi isteniyor. Arkadaslar haklarini almak icin mücadelerinde temsilciler kurulu olmadan devam etmek istemektedirler. Temsilciler kuruluna bu kadar cattiktan sonra birini de övmek istiyoruz. Oda patron. Kendisi arkada terbiyeli kalirken atesin icinden kestaneleri temsilciler kuruluna aldirtmasini pek iyi biliyor. O temiz bey, zarar görmeden isin icinden cikiyor. Fevkalade bir taktik. Ama bu taktigin arkadaslar cikarlari icin mücadele ettikleri zaman kafi gelmeyecegini, personal sefi Löhr ün süresiz olarak isten atilmasi gösteriyor. Bu arkadaslarin ilk büyük basarisidir. Kötülüklerin basi Löhr simdi defoldu. Ayni zamanda patron birde bahane buldu. Bütün bunlardan sorumlu olanin kendisinin o lmadigini ,onun memuru, Personal sefi oldugunu bize yutturmak istiyor. ■

Nationale Vietnamdemonstration in Bonn: über 25000

Am letzten Sonntag demonstrierten über 25.000 Arbeiter und Studenten gegen den Krieg der USA in Vietnam. Sie zeigten, was sie von den Friedensbeteuerungen Nixons halten:

Das 9-Punkte Abkommen . . .

Noch am 21. Oktober 72 hatte Nixon erklärt: "Ich betrachte das Friedensabkommen als perfekt und ich schlage den 31. Oktober für die Unterzeichnung vor."

Die wesentlichen Punktes dieses 9-Punkte Friedensabkommens zwischen den USA und Nordvietnam sind:

- Die USA respektieren die Souveränität und Einheit ganz Vietnams
- Waffenstillstand und sofortiger Abzug aller ausländischen Truppen
- Gefangenenaustausch
- freie Wahlen unter internationaler Kontrolle
- Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln

. . . von Nixon gebrochen

Doch Nixon bracht kurz nach seiner Zustimmung zu diesem Abkommen sein Wort und ließ das Bombardement auf Nordvietnam in ungeheurem Ausmaß fortsetzen. Seit 1965 haben die USA mehr als dreimal soviel Bomben in Indochina abgeworfen, wie im ganzen zweiten Weltkrieg. In immer größerem Umfang wurden "zivile Objekte" (Dämme, Krankenhäuser, Elektrizitätswerke) angegriffen.



„Selbst schuld — warum laßt ihr uns nicht in Frieden unseren Krieg führen!"

Kapitalinteressen in Südostasien

Es ist offensichtlich die Absicht der USA-Regierung, mit dem Mittel des Völkermordes ihre Interessen in Vietnam zu sichern. Südostasien ist reich an Bodenschätzen und Rohstoffen. Es hat die größten Vorkommen an Kautschuk und Zinn und produziert außerdem Erdöl und andere wichtige Rohstoffe. Viele Rohstoffe, die für die moderne Industrie notwendig sind und die in den kapitalistischen Ländern nicht in genügender Menge oder überhaupt nicht vorkommen, gibt es in Vietnam. Z.B. haben in Südvietnam 10 amerikanische Ölkonzerne Konzessionen für Bohrungen erworben.

Die USA-Regierung, die diesen Krieg im Auftrag der amerikanischen Kapitalisten führt, will deshalb Vietnam lieber "in die Steinzeit zurückbomben" ("Verteidigungs"minister Laird), als Vietnam den Vietnamesen überlassen.

Thieu gegen Rot und Blau

SAIGON, 5. Januar (Reuter). Nach dem offenbar unwirksamen Verkaufsverbot für rote und blaue Stoffe hat die südvietnamesische Regierung nun auch die Einfuhr von Tuchen dieser Farben untersagt, um offenbar die Herstellung von Vietcong-Flaggen zu unterbinden. Die amtliche Nachrichtenagentur „Vietnam Press" meldete am Freitag in Saigon, importierte Tuche dieser Farben müßten vor der Freigabe durch den Zoll umgefärbt werden. Das Verkaufsverbot war im Oktober kurz vor der Veröffentlichung des ersten Entwurfs für ein amerikanisch-nordvietnamesisches Waffenstillstandsabkommen erlassen worden. Bei Zuwiderhandlungen drohen Militärgerichtsverfahren und Haftstrafen.

Weil ein Wahlsieg der Kommunisten und der Aufbau des Sozialismus in ganz Vietnam die sichere Folge des 9-Punkte Abkommens ist (vgl. Zeitungsausschnitt), wollen die US-Kapitalisten und ihre Militärs lieber das ganze vietnamesische Volk ausrotten.

DIE VORMACHTSTELLUNG DES AMERIKANISCHEN KAPITALS IN SÜDOSTASIEN UNTER ALLEN UMSTÄNDEN HALTEN und MIT MORD UND TERROR DEN AUFBAU DES SOZIALISMUS IN DIESEN LÄNDERN VERHINDERN - Darin zeigt sich der IMPERIALISMUS der USA.

Proteste gegen den Imperialismus der USA

Angesichts dieser Tatsachen macht es sich jeder zu leicht, der sagt: es führen beide Seiten Krieg, also haben beide Schuld. Angesichst der Tatsachen ist nur eine klare Stellungnahme für das vietnamesische Volk oder gegen Vietnam, gegen den Bombenkrieg der USA oder für den Bombenkrieg der USA möglich.

Diese Meinung bringen immer mehr Menschen in der ganzen Welt zum Ausdruck: So zwangen z.B. die Dockarbeiter in Australien die dortige sozialdemokratische Regierung zum Protest gegen den US-Krieg durch einen politischen Streik. Auch in anderen Ländern, wie Schweden, Österreich, Belgien und Dänemark sahen sich die Regierungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen gegen den verbrecherischen Krieg der USA zu protestieren. Nicht zuletzt wegen der ständig anwachsenden antiimperialistischen Protestbewegung in aller Welt haben die USA-Kapitalisten das Bombardement zumindest vorübergehend eingestellt und sind wieder an den Verhandlungstisch zurückgekehrt.

▶

ATOMBOMBEN AUF VIETNAM?

Dooh in den Äußerungen des stellvertretenden "Verteidigungsministers" der USA vom letzten Freitag wird erneut deutlich, daß der Sieg des vietnamesischen Volkes und die Unterzeichnung des Friedensabkommens noch lange nicht gesichert ist. Der Einsatz von Atomwaffen in Vietnam wurde von ihm nicht ausgeschlossen! Zwar folgte ziemlich schnell ein Dementi der Regierung. Doch nur, weil sich ein Proteststurm in der ganzen Welt gegen diese Ankündigung erhob. Und was ist überhaupt von einem Dementi der US-Regierung zu halten, nachdem Nixon erst im Oktober bei den Friedensverhandlungen sein bereits gegebenes Versprechen wieder zurückgenommen hat? Was ist davon zu halten, wenn Nixon erneut das Bombardement aussetzt und beteuert, daß die Friedensverhandlungen "wieder einmal" in der letzten Phase sind?

International Solidarität

Nur die Erfolge des vietnamesischen Volkes und seine Unterstützung durch die internationale Solidarität können die US-Regierung zur Unterzeichnung des 9-Punkte Abkommens zwingen. Deshalb unterstützen wir die Forderungen, unter denen auch die 25 000 in Bonn demonstrierten:

SOFORTIGER BOMBENSTOPP UND EINSTELLUNG ALLER KAMPFHANDLUNGEN DER USA IN GANZ INDOCHINA!

SOFORTIGE UNTERZEICHNUNG UND ERFÜLLUNG DES 9-PUNKTE ABKOMMENS!

FEINPRÜF

Kurzarbeit - Vorteile für den Unternehmer

Ein gutes halbes Jahr wird die Kurzarbeit bei Feinprüf schon vor sich hergeschoben.

250 Arbeiter und Angestellte, das sind ca. die Hälfte der Belegschaft, müssen ab 15. Januar kurzarbeiten. Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als die Tarifverhandlungen ihren Höh Höhepunkt erreichten, wurde Zeitpunkt und Aufteilung der Kurzarbeit endgültig festgelegt.

Der Verdacht, daß hier ein Zusammenhang besteht, wird dadurch erhärtet, daß die Auftragseingänge sich im Dezember gegenüber den Vormonaten erhöht haben.

Diese Maßnahme paßt genau in das Konzept der Unternehmer.

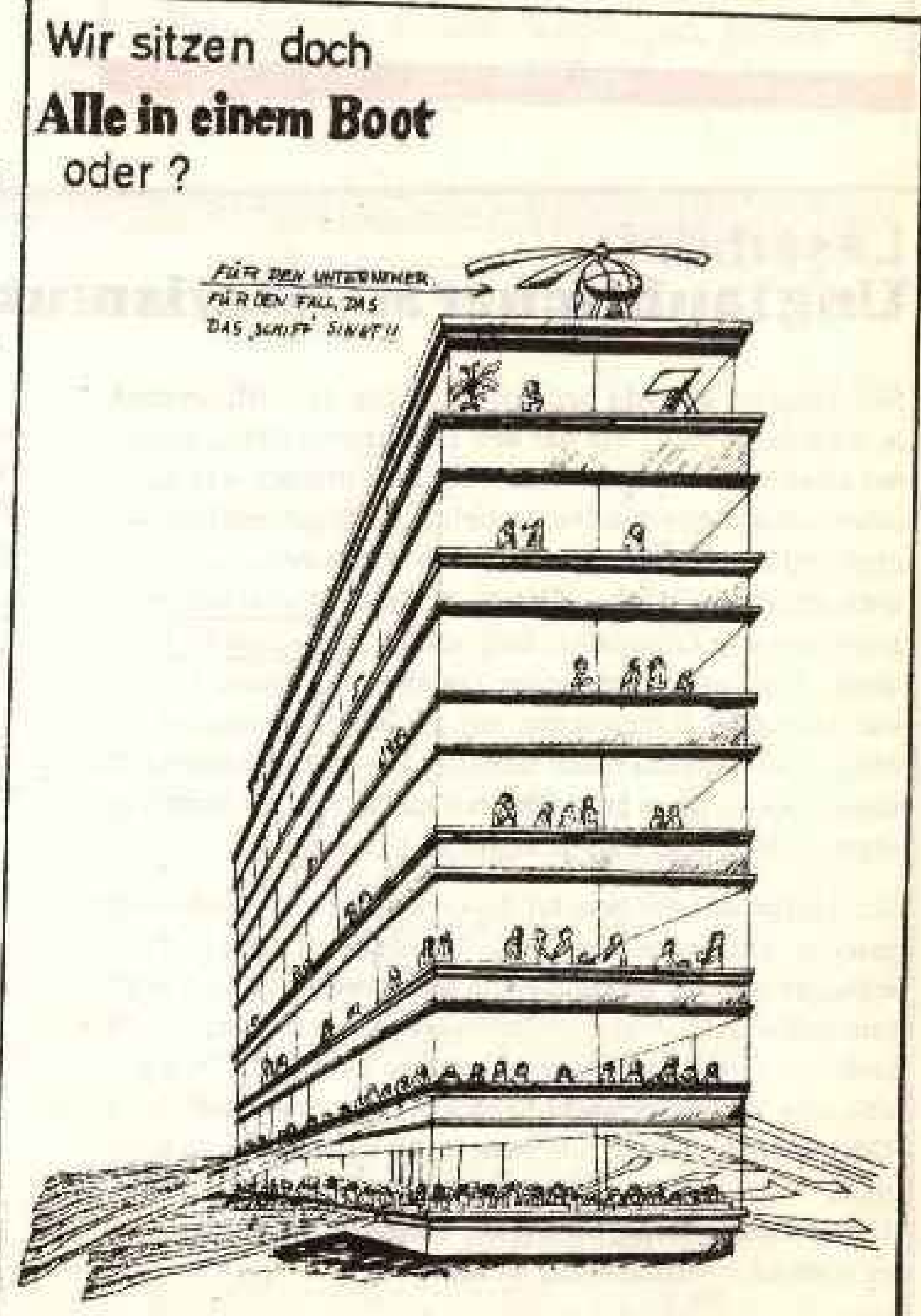
Denn Feinprüf ist der Betrieb in Göttingen, der wesentlichen Anteil an den Aufstellungen der Lohnforderungen hatte und der in früheren kurzen Arbeitsniederlegungen seine Kampfkraft bewiesen hatte.

Durch Kurzarbeit wurden die Kollegen eingeschüchtert, sie haben Angst , ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Kurzarbeit soll En tlassungen verhindern, aber gleichzeitig dem Unternehmer die eingearbeiteten Fachkräfte erhalten. Es ist also nicht so, daß bei Feinprüf aus lauter Menschenfreundlichkeit keine Entlassungen vorgenommen werden, sondern Kurzarbeit bedeutet nur Vorteile für den Unternehmer. Er kann die Kurzarbeit so einteilen, wie sie ihm in sein Konzept passt. Bei Feinprüf wird dieses sehr deutlich , denn nicht alle Kollegen arbeiten die gleiche Zeit kurz, sondern in den Abteilungen, wo noch mehr Arbeit vorhanden ist, werden 32 Std. gearbeitet, in den Abteilungen, wo die Arbeit etwas weniger ist, wird 20 Std. gearbeitet und drittens gibt es noch Abteilungen, in denen voll gearbeitet wird.

Die einzige Einschränkung wird dem Unternehmer vom Gesetzgeber vorgeschrieben. Wenn der ganze Betrieb zur Kurzarbeit angemeldet wird, müssen in den ersten 4 Wochen 30 % und nach den ersten 4 Wochen mindestens 10 % der Belegschaft kurzarbeiten.

Der Unternehmer kann in vollem Umfang seine Interessen ausnutzen, er kann die Kollegen da einsetzen, wo er keine finanziellen Einbußen hinnehmen muß. Nur die Lohnabhängigen werden nicht gefragt, ob es ihnen paßt oder ob sie durch die nicht geringen Lohneinbußen in finanzielle

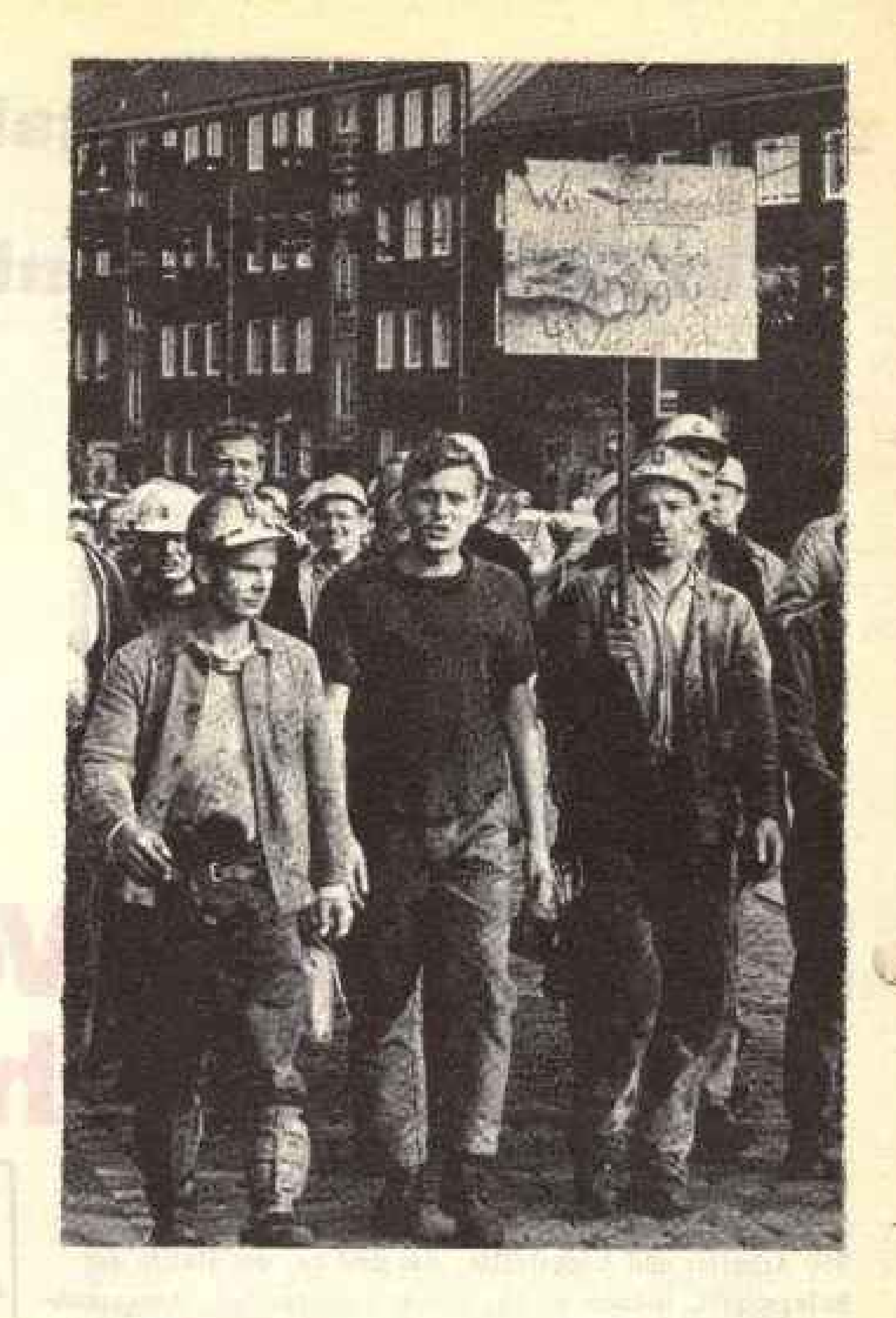


Schwierigkeiten kommen. Dieses interessiert den Unternehmer überhaupt nicht , er denkt nur daran, wie er durch viel Lohneinsparung noch einen hohen Gewinn machen kann.

Hier kommt der Betriebsrat in eine heikle Situation. Obwohl er von den Kollegen gewählt ist und ihre Interessen zu vertreten hat, macht er sich zum Interessenvertreter des Unternehmers, wenn er der Kurzarbeit zustimmt. Solch eine Zustimmung wird von der Geschäftsleitung erpreßt, indem sie mit Entlassungen droht. Wenn aber in den nächsten Monaten die Aufträge weiter zurückgehen, hilft die ganze Zustimmung des Betriebsrates nichts, sondern die Geschäftsführung wird ohne Rücksicht trotzdem entlassen.

IMPRESSUM: Die GÖTTINGER BETRIEBSZEITUNG(GBZ) wird hergestellt und vertrieben vom Verein Göttinger Betriebszeitung e. V.: 34 Göttingen, Rote Str.1, Telefon 0551/4 26 17. Presserechtlich verantwortlich: R. Bornemann. Druck: H. Ahlbrecht, 34 Gö., Levinstr. 9a

Wir fordern jeden Kollegen auf, der unsere Auffassung teilt, an der GBZ mitzuarbeiten. Wenn ihr Euch nicht an Kollegen wenden könnt, von denen Euch bekannt ist, daß sie an der GBZ mitarbeiten, dann wendet Euch direkt an die GBZ:
34 Göttingen, Rote Straße 1; Tel.: (0551/) 4 26 17



Leserbrief:
Unglaublicher Militarismus bei den Ilsewerken in Uslar

Seit Monaten herrscht bei der Firma Ilse der Militarismus in höchster Potenz. Sie hat den Militaristen Götz, der früher Oberstleutnant der Bundeswehr in Göttingen war und heute seine dicke Pension bezieht, als Organisationsleiter eingestellt. Hierfür bekommt er zu seiner Pension nochmals ein ebenso dickes Gehalt, so daß er monatlich zusammen mehr Einnahmen hat, als Ihr im halben Jahr verdient. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß solche "Herren" auf unser aller Kosten schon mit 55 Jahren pensioniert werden, dicke Pensionen und Gehälter beziehen, während Ihr noch etwa 10 Jahre lang arbeiten müßt, nur um dann wenigstens eine bescheidene Rente zu bekommen.

Der Militarist Götz benutzt dabei jede sich bietende Gelegenheit, Euch in seinem Sinne bekehren zu wollen. Er schimpft auf die Regierung und die Gewerkschaft. Sie allein soll schuld an den Preissteigerungen sein, weil sie laufend mit Lohn- und Gehaltserhöhungen komme. Er hetzt also alle auf und versucht Euch klarzumachen, daß Ihr CDU wählen müßtet, um bessere Verhältnisse zu bekommen.
Um in diesem Sinne noch mehr Einfluß zu gewinnen, will er auch noch Personalchef werden.

Kameraden, wehrt Euch gegen solche Machenschaften. Wir wollen bei Ilse keinen Militarismus. Dieser ist dort schon weit genug gediehen, denn Herr Ilse selbst wie auch der Betriebsrat stehen schon vollkommen unter dem Einfluß dieses Militaristen Götz. Was er sagt, wird getan, und wenn seine Anweisungen auch noch so unsinnig sind. Mit seinem Einfluß auf die Geschäftsführung brüstet er sich sogar selbst immer.

Darum, Kameraden, seid auf der Hut. Sabotiert seine Anweisungen. Fordert Euren Betriebsrat auf, der bisher geschlafen hat, daß er endlich Front gegen einen solchen Militaristen macht und daß er dafür sorgt, daß sein Einfluß gebrochen wird. Sonst müssen wir andere Maßnahmen ergreifen. Er ist Euer Feind, was besonders aus folgendem zu ersehen ist:

Vor einiger Zeit führte Götz auf Anweisung der Geschäftsleitung Besichtigungen der Ilse-Wohnungen durch. Dabei wunderte er sich über die zwar bescheidenen aber netten Wohnungseinrichtungen Eurer Mitarbeiter. Er sagte darauf: "Da sieht man mal wieder, daß die Arbeiter bei Ilse zuviel verdienen, denn sonst könnten sie sich nicht solche Wohnungseinrichtungen leisten."
Aus diesen Worten seht Ihr die wahre Einstellung des Militaristen Götz. Es ist eine Unverschämtheit und Schande, daß so ein Mensch bei Ilse beschäftigt wird. Droht der Geschäftsleitung einen Warnstreik an, wenn sie diesen Kommißhengst nicht entläßt. Wir wollen keinen Militarismus in unseren Betrieben. Diese Zeiten sind ein für allemal vorbei!